

Non-Profit-Organisationen in der lokalen Beschäftigungspolitik

Erfahrungen aus Los Angeles und Berlin

Auf beiden Seiten des Atlantiks konzentrieren sich immer mehr gemeinnützige Einrichtungen und Vereine in städtischen Krisenregionen auf die schwierige Aufgabe, für Langzeitarbeitslose, Jugendliche ohne Schulabschluss, MigrantInnen oder allein erziehende Frauen neue Weiterbildungs-, Arbeits- und Existenzmöglichkeiten zu erschließen. Unterstützung erhalten sie hierbei vor allem durch öffentliche Beschäftigungsprogramme, die in den USA und der Bundesrepublik jedoch spätestens nach Verabschiedung einschlägiger Gesetzes- und Verwaltungsreformen Ende der 1990er-Jahre der Devise „Arbeit um jeden Preis“ folgen. Auf der Grundlage empirischer Fallstudien zu Berlin und Los Angeles¹ setzt sich der Aufsatz kritisch mit dem Beitrag von Non-Profit- oder Dritt-Sektor-Organisationen in den sich herauskristallisierenden lokalen Workfare-Systemen auseinander und zeichnet die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Sozial- und Arbeitsmarktintegration von „benachteiligten“ Bevölkerungsgruppen in beiden Städten nach.

¹ Eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts „From Welfare to Work“ (2000–2003) am John F. Kennedy-Institut der Freien Universität Berlin ist im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen (EICK, GRELL, MAYER & SAMBALE, 2004; vgl. auch <<http://www.workfare.ipn.de>>).

1. Sozial- und beschäftigungspolitische „Reformen“

Trotz wachsender Marktausrichtung und Kommerzialisierung des Dritten Sektors (vgl. SALAMON, 2001) wird das Angebot und die Qualität sozialer Dienstleistungen von Non-Profit-Organisationen weiterhin maßgeblich von (national-)staatlichen Regulierungen, Förderprogrammen und deren Volumen und Richtlinien bestimmt. Dies trifft auch auf den Bereich der lokalen Beschäftigungspolitik zu, der sich nicht nur in der Bundesrepublik angesichts erodierender Systeme der Einkommenssicherung als ein zunehmend wichtiges und zugleich äußerst ambivalentes Aufgabenfeld gemeinnütziger Organisationen erweist (vgl. BODE ET AL., 2004). Während es in der Vergangenheit gerade kleineren Beschäftigungsträgern über die Nutzung verschiedener Fördertöpfe gelang, zielgruppenadäquate und innovative Qualifizierungsangebote mit sozialpädagogischen Maßnahmen und der Schaffung gesellschaftlich sinnvoller Arbeitsplätze zu verknüpfen, haben veränderte ökonomische und politische Rahmenbedingungen deren Experimentier- und Handlungsspielräume inzwischen empfindlich eingeengt.

In den USA kennzeichnen zwei Bundesgesetze den radikalen Umbau der staatlichen Sozial- und Beschäftigungspolitik in den 1990er-Jahren, der sich unmittelbar auf die Arbeit von Wohlfahrtsorganisationen in den innerstädtischen Armutsquartieren in Los Angeles und anderen US-Metropolen auswirkt (vgl. FINK & WIDOM, 2001). Zum einen wurden im Zuge der so genannten Welfare-Reform (1996) alle wesentlichen steuerfinanzierten Transferprogramme für Bedürftige (Familienfürsorge, Nothilfe für Alleinstehende, Lebensmittelmarken) mit zeitlichen Bezugsgrenzen versehen und an einer strikten „Work-first“-Philosophie ausgerichtet (vgl. PIVEN, 2002; GILBERT, 2004). Die Sozialbehörden verlangen nun selbst von Obdachlosen oder alleinerziehenden Frauen mit einjährigen Kindern, im Gegenzug für eine (minimale) finanzielle Unterstützung, jedweden verfügbaren Job anzunehmen bzw. durch die Teilnahme an Beschäftigungsmaßnahmen ihre Arbeitswilligkeit unter Beweis zu stellen. Da immer mehr Anspruchsberechtigte an den strengen Mitwirkungspflichten der neuen Programme scheitern und damit ihre Einkommenshilfen verlieren (vgl. PAVETTI, DERR & HESKETH, 2003), wächst die Anforderung an karitative Einrichtungen, noch mehr Verantwortung für die Grundversorgung der armen Bevölkerung zu übernehmen. Darüber hinaus werden

zahlreiche Stadtteil- und Selbsthilfeinitiativen noch stärker als zuvor von den Verwaltungen in die Betreuung von arbeitsmarktpolitischen „Problemgruppen“ einbezogen. Kurz nach der Welfare-Reform beschloss die US-Bundesregierung 1998 mit dem „Workforce Investment Act“ (WIA) die weitere Dezentralisierung und Neustrukturierung nationaler Beschäftigungsprogramme, um so eine verbesserte Koordination und Anpassung der Fördermaßnahmen an die Erfordernisse lokaler Arbeitsmärkte zu erreichen (O’SHEA & KING, 2001). Neben den stärkeren Einflussmöglichkeiten von privatwirtschaftlichen Akteuren und einer strengeren Erfolgskontrolle von Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern stellt die flächendeckende Einrichtung kommunaler „One Stop Center“ für alle Arbeitssuchenden eine der wichtigsten Neuerungen dieser Gesetzgebung dar. Diese Center werden in städtischen Ballungszentren mit einer hohen Erwerbslosigkeit und einer hohen Konzentration von „ethnischen Minderheiten“ vorwiegend von Non-Profit-Organisationen geleitet.

Auch in der Bundesrepublik soll die Einführung neuer Instrumente, Steuerungsmechanismen und institutioneller Zuständigkeiten zur verbesserten Beschäftigungsförderung von Erwerbslosen beitragen. Die Umsetzung der „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz I-IV) sorgt aktuell für eine grundlegende Neubestimmung der Aufgaben und Ziele des hauptsächlich in den 1960er-Jahren entwickelten deutschen Sozialhilfe- und Arbeitsförderungsrechts (vgl. TRUBE & WOHLFAHRT, 2004). Kam es im Zuge von Wiedervereinigung und Massenentlassungen im Osten zunächst noch zu einer deutlichen Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Leistungen und dem staatlich geförderten Aufbau neuer Organisationen (betriebliche Auffanggesellschaften, Arbeitsförderbetriebe, etc.), wird seit Ende der 1990er-Jahre – trotz anhaltend hoher Erwerbslosigkeit – der so genannte Zweite Arbeitsmarkt, das zentrale Handlungsfeld gemeinnütziger und kommunaler Beschäftigungsgesellschaften, erheblich eingeschränkt (vgl. ADAMY, 2003). Die ehemals im Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) verankerte Zielvorgabe, über öffentlich subventionierte Beschäftigung und Qualifizierung die Arbeitsmarktchancen und Sozialintegration „benachteiligter“ Gruppen zu stärken, gilt heute als überholt: ABM sollen zukünftig nur noch der kurzfristigen Stabilisierung und Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit von Erwerbslosen

dienen.² Stattdessen setzt die Politik auch hierzulande darauf, mit intensivierten Vermittlungsbemühungen, verschärften Zumutbarkeitskriterien und Leistungskürzungen die Bereitschaft zu „Arbeit um jeden Preis“ zu erhöhen. Eine zunehmende Orientierung am Niedriglohnsektor und an prekärer Selbstständigkeit als Lösung des Beschäftigungsproblems, die härtere Sanktionierung und Kontrolle von Transferbeziehern, die für alle Bezieher von „Arbeitslosengeld II“ (ALG II) gültige Verpflichtung zur Übernahme kurzfristiger Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) sowie die Adaption des Ansatzes kommunaler Jobcenter sind nur einige der augenfälligsten Indikatoren für eine sukzessive Annäherung der deutschen Arbeitsmarktpolitik an internationale Entwicklungstrends, die in der Fachliteratur vermehrt unter den Begriff „Workfare“ gefasst werden (vgl. LØDEMEL & TRICKEY, 2000; PECK, 2001; QUAID, 2002; HANDLER, 2003).

2. Non-Profit-Organisationen im Umbruch der kommunalen Beschäftigungsförderung

Einigen Non-Profit-Organisationen sind mit dem Bedeutungszuwachs von Workfare-Strategien seit Ende der 1990er-Jahre neue Einsatzfelder – insbesondere beim so genannten „Case Management“ und bei der Jobvermittlung – erwachsen, andere geraten mit ihrem weiter gefassten Verständnis von Beschäftigungsförderung und gesellschaftlicher Inklusion zunehmend unter Legitimationsdruck.

Betrachten wir zunächst die Situation in Los Angeles, wo eine starke sozialräumliche Segregation sowie Armutslöhne für Niedrigqualifizierte aktuell die entscheidenden Herausforderungen für kommunale Akteure darstellen.³ Seit Verabschiedung der Welfare-Reform

² Die zum 1. Januar 2004 wirksam gewordenen Regelungen bzgl. ABM/SAM haben eine Abschaffung von SAM zur Folge, schreiben für ABM keine Qualifizierungsanteile mehr vor und verhindern, dass die Beschäftigten nach Abschluss ihrer Maßnahme einen neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld geltend machen können (vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT, 2004).

³ Während die offizielle Arbeitslosenquote inzwischen auf 6,1 Prozent zurückging und sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger zwischen 1995 und 2003 nahezu halbierte, stieg der Anteil der Bevölkerung, der unter der offiziellen Armutsgrenze lebt, zwischen 1990 und 2000 von 13,1 auf 22,1 Prozent an (DRAYSE, FLANING & FORCE, 2000).

und des WIA hat sich die Zahl der Non-Profit-Organisationen in der lokalen Beschäftigungspolitik eindeutig erhöht (vgl. HASENFELD & EVANS, 2000). Zusätzlich zu circa 100 Einrichtungen, die in unserem Untersuchungszeitraum (2000–2003) fast ausschließlich im Bereich „Employment/Job Training“ tätig waren, verfügten etwa 400 Organisationen aus der Jugend-, Sozial- und Stadtteilarbeit über temporäre Verträge mit diversen Verwaltungen und Ministerien zur Betreuung von Erwerbslosen und zur Förderung ihrer „Employability“. Zentrale Finanzierungsquellen ihrer Angebote und Dienstleistungen stellen verschiedene Bundes- und Landesprogramme dar: das 1996 eingeführte Programm „Temporary Aid for Needy Families“ (TANF) für Sozialhilfeempfänger mit Kindern, zielgruppenspezifische Förderprogramme des Bundesarbeitsministeriums und diverse Fördertöpfe zur ökonomischen Stärkung innerstädtischer Krisengebiete. Bei den US-amerikanischen Organisationen fällt gegenüber den deutschen allerdings eine wesentlich stärkere materielle und ideelle Unterstützung durch private Stiftungen, Universitäten und Wirtschaftsunternehmen auf. Außerdem ist es in den USA einigen der etablierten Multi-Service-Organisationen im Sozialbereich gelungen, über Eigeneinnahmen (aus Spenden, Gebühren, Immobilienbesitz, kommerziellen Aktivitäten) eine größere Unabhängigkeit gegenüber staatlichen Stellen zu erzielen (vgl. GRØNBERG, 2001; YOUNG & SALAMON, 2002).

Das Feld der lokalen Beschäftigungsförderung wird in Los Angeles von ganz unterschiedlichen Organisationstypen und Einrichtungen geprägt. Zunächst versuchen einige Bürgerrechts- und Stadtteilorganisationen wie ACORN oder AGENDA seit Mitte der 1990er-Jahre, den Ansatz des klassischen „Community Organizing“ mit einer gewerkschaftlichen Orientierung (Mobilisierung von „Workfare Workers“, Kampagnen zur Einführung eines „Living Wage“) zu verknüpfen (vgl. KRINSKY & REESE, 2003). Sie stehen den aktuellen Entwicklungen, insbesondere der strikten Arbeitsverpflichtung von Hilfeempfängern, sehr kritisch bis ablehnend gegenüber. Auch wenn die meisten von ihnen nicht direkt an der Umsetzung von Beschäftigungsmaßnahmen beteiligt sind, stellen sie doch eine neue Art politischer Lobby für die wachsende Anzahl der „Working Poor“, prekär beschäftigter MigrantInnen und Sozialhilfeempfänger dar. Eine weitere Gruppe in der Arbeitsförderung engagierter Nonprofits, die sich traditionell als Anwälte der Bedürftigen verstehen, setzt sich aus großen und zum Teil über-

regional agierenden Wohlfahrtsorganisationen zusammen, die mehrheitlich eine religiöse Bindung aufweisen und an die Tradition der Armenfürsorge aus dem 19. Jahrhundert anknüpfen. Organisationen wie „Catholic Charities“ oder „Goodwill Industries“ sind sowohl moderate Kritiker als auch Profiteure der Welfare-Reform, da sie ihr bereits breites Aufgaben- und Dienstleistungsspektrum (Betreuung von Kranken, Obdachlosen, Behinderten) nun über neue Fördermittel um die Komponente Arbeitsförderung erweitern können. Diese Organisationen beschäftigen Hilfeempfänger zum Teil direkt in ihren zahlreichen gemeinnützigen Einrichtungen und Werkstätten.

Ein dritter Organisationstypus orientiert sich am Ansatz des „Community Building“ (PASTOR, DREIER & GRIGSBY, 2000). Diese Organisationen sind zum Teil aus politischen Bewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre hervorgegangen, die für die politische und ökonomische Gleichstellung von Schwarzen und für soziale Bürgerrechte eintraten (vgl. PIVEN & CLOWARD, 1977). Aber auch die gewaltsamen Aufstände in Watts (1965) und South Central (1992) sowie diverse im Anschluss aufgelegte staatliche „Armutsbekämpfungsprogramme“ förderten in Los Angeles die Gründung einer Vielzahl von „Community Development Corporations“ (CDC). Sie zeichnen sich durch eine starke lokale Verankerung aus und bieten in Stadtgebieten wie Watts oder East Los Angeles ein breites Spektrum an Dienstleistungen an: Kindertagesstätten, Gesundheitszentren sowie Bildungseinrichtungen gehören ebenso dazu wie „One Stop Center“, gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften, „Community Businesses“ oder Fahrdienste, die eine Grundversorgung der (oft immobilen) lokalen Bevölkerung gewährleisten. In dem Maße, wie mit der Welfare-Reform und WIA Ende der 1990er Jahre zusätzliche staatliche Gelder für die Arbeitsmarktintegration von schwer Vermittelbaren verfügbar wurden, konzentrierten sich auch die CDC verstärkt auf Beschäftigungsförderung in ihren Quartieren. Für sie stellen die aktuellen Umstrukturierungen des Sozialstaats einerseits eine Bedrohung dar, weil die Einkommensarmut in ihren Stadtteilen zunimmt. Gleichzeitig nutzen einige sie als Herausforderung, die Förderung lokaler Ökonomien mit der Schaffung von Arbeitsplätzen für Hilfeempfänger zu verknüpfen („Combining Local Economic Development with Job Development“).

In Berlin, wo die Beschäftigungssituation seit langem von fehlenden Arbeits- und Ausbildungsplätzen, struktureller Erwerbslosigkeit und unter dem Bundesdurchschnitt liegenden ökonomischen Wachstumsraten gekennzeichnet ist,⁴ nutzten zwischen 2000 und 2003 jährlich etwa Tausend Non-Profit-Organisationen öffentliche Mittel zur Beschäftigungsförderung. Hierzu gehörten insbesondere Instrumente und Programme des inzwischen in das Sozialgesetzbuch (SGB III) integrierten Arbeitsförderungsrechts, des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und des Bundessozialhilfegesetzes („Hilfe zur Arbeit“). Neben Sonderprogrammen des Bundes (JUMP/JUSOPRO, „Arbeit für Langzeitarbeitslose“) und Eigenmitteln der Länder stellen außerdem zahlreiche EU-Förderprogramme (ESF, EQUAL, LEADER) eine zunehmend wichtige Ressource für die Integrationsarbeit der Nonprofits dar. 1999 waren in Berlin fast 25.000, 2003 noch 21.000 (ehemalige) Erwerbslose in Einrichtungen freier Träger und Vereine beschäftigt (SENATSWERWALTUNG FÜR ARBEIT, 1999; ARGE SERVICEGESELLSCHAFTEN, 2003).

Etwa zwei Drittel aller geförderten Träger, also 700 bis 800, inklusive der größeren Wohlfahrtsverbände, setzten arbeitsmarktpolitische Programme hauptsächlich zur Verfolgung ihrer originären Ziele in den Bereichen Sport-, Jugend-, Flüchtlings-, Migranten-, Frauen-, Gesundheits- oder Kulturpolitik ein. Mit den Mitteln konnte zumindest befristet zusätzliches Personal eingestellt werden, das aus der Projektförderung oder aus Eigeneinnahmen nicht (mehr) zu finanzieren war. Dies unterstreicht – vor allem in den Jahren nach der Wiedervereinigung – die Bedeutung der kommunalen Beschäftigungsförderung für die Aufrechterhaltung weiter Teile der sozialen, kulturellen und politischen Infrastruktur der Stadt. Dagegen wurden bis vor kurzem noch etwa 100 Berliner Nonprofits vom Berliner Senat als „reine“ oder „Arbeitsmarktorientierte Beschäftigungsträger“ mit zusätzlichen Landesmitteln unterstützt. Diese Träger haben sich darauf spezialisiert, Langzeitarbeitslose im Zweiten Arbeitsmarkt zu beschäftigen bzw. sie über Qualifizierungsmaßnahmen auf reguläre Beschäftigung vorzubereiten. Viele von ihnen, z.B. ehemalige, aus der Hausbesetzerbewegung hervorgegangene Selbsthilfeinitiativen wie „Ju-

⁴ Die Arbeitslosenquote liegt seit Jahren bei etwa 18 Prozent. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit stehen in Berlin über 300.000 Arbeitssuchenden nur etwa 5.000 gemeldete offene Stellen gegenüber (JAHR-WEIDAUER, 2004).

gendwohnen im Kiez e. V.“ oder „Zukunft Bauen“, waren im Westteil der Stadt zunächst in direkter Konfrontation mit der Wohnungs- und Sozialpolitik des Senats in den 1980er-Jahren entstanden. Im Laufe ihrer zunehmenden Professionalisierung und Institutionalisierung hat sich ihre Ausrichtung weg von Modellprojekten „alternativer Lebens- und Arbeitsformen“ in Richtung einer engeren Zusammenarbeit mit der Verwaltung verschoben, so dass sich nach und nach ein enges (neo-) korporatistisches Verhältnis herausgebildet hat (vgl. REISCH, 2001). Ein Teil der gemeinnützigen Beschäftigungsträger erscheint mittlerweile seltsam „heimatlos“: Eine ausgeprägte Bindung zu einem konkreten Quartier oder Stadtteil, geschweige denn zu einem bestimmten politischen Milieu ist häufig nicht mehr eindeutig auszumachen.

Eine ähnliche Entwicklung nahmen – trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen und mit einigen Abstrichen – auch die im Ostteil Berlins nach der Wiedervereinigung entstandenen Beschäftigungsträger und Arbeitsförderbetriebe. Der massive Beschäftigungsabbau in Ostberlin – allein zwischen 1990 und 1995 gingen über 280.000 Industriearbeitsplätze verloren – war zunächst mit dem Ausbau arbeitsmarktpolitischer Programme und einer Ausweitung der eingesetzten Finanzmittel abgefedert worden. Ein Teil der Beschäftigten aus den innerhalb weniger Monate „abgewickelten“ Industriekombinaten wurde in Auffanggesellschaften umgeleitet, die wiederum von so genannten Servicegesellschaften, die zunächst als Treuhänder des Landes Berlin fungierten, beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente beraten wurden. Aus diesen Auffanggesellschaften gingen dann nahezu alle heute aktiven Beschäftigungsträger im Ostteil der Stadt hervor. Gleichzeitig konnten die Westberliner Nonprofits ihr Aktionsfeld auf die östlichen Stadtteile ausweiten.

Während private Stiftungen oder kommerzielle Unternehmen in der lokalen Sozial- und Beschäftigungspolitik in Berlin weiterhin eine marginale Rolle spielen, ist in jüngster Zeit ein neuer Typ der Nachbarschaftsorganisierung stärker in Erscheinung getreten, der sich neben der Umsetzung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen dem Aufbau kleinräumiger Wirtschaftskreisläufe in benachteiligten Quartieren verpflichtet sieht (IFG LOKALE ÖKONOMIE, 2000). Dieser Ansatz zur Stärkung lokaler Ökonomien lässt sich mit den aus den USA bekannten Aktivitäten von CDC vergleichen. Vertreten wird er u. a. vom „Netzwerk für Soziale Unternehmen und Stadtteilökono-

mie“ (NEST) und dem bereits Ende der 1980er-Jahre gegründeten „Kommunalen Forum Wedding e.V.“, die langfristig das Ziel einer möglichst unabhängigen lokalen Gemeinwesenökonomie verfolgen. Zu ihren Aktivitäten gehören die Umsetzung basisnaher Planungs- und Beteiligungsmodelle für die lokale Bevölkerung, die Übernahme der Funktion des Quartiermanagements und die Gründung und Förderung von Sozialgenossenschaften als „Alternative“ zu den bisherigen Beschäftigungsgesellschaften des Zweiten Arbeitsmarktes (vgl. ACHTER, 2003).

3. Zwischen Arbeitszwang und Sozialintegration

Trotz unterschiedlicher Entstehungsgeschichte und Rahmenbedingungen bewegen sich beschäftigungspolitisch aktive Non-Profit-Organisationen in der Bundesrepublik und den USA in einem ähnlichen Spannungsfeld. Dies wird nicht nur von außen, d. h. von den (oftmals widerstreitenden) ordnungs-, finanz-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Zielsetzungen lokal- und bundesstaatlicher Instanzen bestimmt, sondern auch von internen Auseinandersetzungen über Ansprüche und Aufgabenstellungen sozialer und politischer Arbeit sowie verstärkt durch ökonomische Eigeninteressen, wenn es z. B. um die Erschließung neuer Tätigkeitsfelder und damit verbundene Arbeitsplätze geht.

Aus Sicht der Kommunalverwaltungen, die im Rahmen neuer Steuerungsmodelle („New Public Management“) mit verschiedenen Formen „lokaler Partnerschaften“ experimentieren, besteht der Vorzug gemeinnütziger Einrichtungen vor allem in ihrer Flexibilität und ihren eher kleinteiligen und auf die Bedürfnisse spezifischer Personengruppen abgestimmten Betreuungs- und Beratungskapazitäten. Sie scheinen eher als Behörden oder kommerzielle Unternehmen in der Lage, Vertrauen mobilisieren und auf unterschiedliche soziale Netzwerke und lokalrelevante Kenntnisse zurückgreifen zu können. Im Zuge der veränderten Sozialpolitik werden diese spezifischen Kompetenzen nun zunehmend in den Dienst staatlicher Aktivierungsstrategien gestellt. Eine grundlegende Problematik besteht in der endgültigen Abkehr der staatlichen Förderlogik von den Prinzipien der Freiwilligkeit und der „Humaninvestitionen“. Anders als die Rhetorik von der „Kundenorientierung der neuen Beschäftigungsförderung“ nahe legt, wer-

den Hilfebedürftige und Erwerbslose gerade nicht zu gleichberechtigten „Vertrags- und Verhandlungspartnern“ gemacht, die über eine Reihe von Wahlmöglichkeiten verfügen, sondern zu Objekten einer bürokratischen Sanktions- und Selektionspolitik degradiert.

In Los Angeles steht den Betreibern von „One Stop Centern“ z. B. lediglich ein Bruchteil (6 %) der vom Bundarbeitsministerium bereitgestellten WIA-Mittel für die Qualifizierung und Betreuung von besonders benachteiligten Gruppen wie Sozialhilfeempfängern oder Obdachlosen zur Verfügung (COMMUNITY INSTITUTE FOR POLICY HEURISTICS EDUCATION & RESEARCH, 2002). Insgesamt ist der Anteil der Erwerbslosen, die im Rahmen staatlicher Beschäftigungsförderung in den USA an Weiterbildungsmaßnahmen teilnahmen, zwischen 1998 und 2002 um 64 %, d. h. von 313.000 auf 112.000 Personen, zurückgegangen (HOLZER & WALLER, 2003, S. 7). Ein Großteil der Energien von Beschäftigungsorganisationen ist damit gebunden, gegenüber den staatlichen Auftraggebern eine korrekte Mittelverwendung und die festgesetzten Vermittlungsquoten nachzuweisen. Trotz einer Vielzahl unterschiedlicher freier Träger hat sich in der Praxis zumeist der Ansatz durchgesetzt, „schwierige Klienten“ mit einem hohen Betreuungsaufwand abzuweisen (SMITH ET AL., 2002).

Ähnlich sieht es in der Bundesrepublik aus. Zwischen 2000 und 2003 hat es in Berlin einen dramatischen Einbruch bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung (2000: 19.274 Personen, 2003: 11.512 Personen) und von ABM/SAM (2000: 21.200 Personen, 2003: 14.941 Personen) gegeben (JAHR-WEIDAUER, 2004). Wer heute nach einer längeren Zeit der Erwerbslosigkeit überhaupt noch in den Genuss einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme kommt, darf sich glücklich schätzen, beruht seine Situation – nach vorherrschender Problemdefinition – doch vor allem auf persönlichen Defiziten und individuellem Fehlverhalten (vgl. CANDEIAS, 2004). Viele Beschäftigungsträger haben diesen Schritt hin zur „Moralisierung“ und „Individualisierung“ von Arbeitslosigkeit inzwischen nachvollzogen und definieren offensiv als eine ihrer Hauptaufgaben, „übertriebene Ansprüche“ ihrer „Klientel“ an Qualität und Bezahlung von Ausbildung und Arbeit zu senken. Statt ihr Selbstbewusstsein zu stärken und ihnen neue Qualifizierungsangebote zu erschließen, bereiten immer mehr Non-Profit-Organisationen gerade jugendliche Erwerbslose gezielt auf eine „Karriere“ im Niedriglohnsektor vor. Nicht selten verknüpfen sie ihre be-

schäftigungspolitischen Programme – insbesondere in den städtischen Armutsquartieren – bewusst mit sicherheits- und ordnungspolitischen Dienstleistungen für Verwaltungen und Unternehmen, die oft zu neuen Ausgrenzungsprozessen gegenüber anderen Teilen der Armutsbevölkerung (Drogenabhängige, jugendliche Migranten, etc.) führen.

Gefördert wird diese Entwicklung hin zu einer stärker marktförmigen Aufgabenerbringung von Nonprofits außerdem durch den wachsenden Wettbewerb im Bereich der Beschäftigungspolitik. Gerade bei der direkten Vermittlung von „wettbewerbsschwachen“ Erwerbslosen in den Ersten Arbeitsmarkt, die sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Tätigkeitsfeld für die Nonprofits entwickelt hat, müssen sie ganz unmittelbar mit kommerziellen und öffentlichen Anbietern um staatliche Leistungsverträge, Fördermittel und z.T. um „Klienten“ konkurrieren.

In Berlin bot sich bis zur Umsetzung von Hartz IV bei der kommunalen Arbeitsvermittlung auf der Bezirksebene lange Zeit eher das Bild eines unkoordinierten Experimentierfeldes. Es existierten ganz unterschiedliche Kooperationsvereinbarungen zwischen den zwölf Sozialämtern, den sechs regionalen Arbeitsämtern und privaten Anbietern (u. a. der Firma „Maatwerk“). Die Verwaltungen bedienten sich des Potenzials von gemeinnützigen Einrichtungen vornehmlich bei der Arbeitsvermittlung von Sozialhilfeempfängern mit einem Schwerpunkt auf jugendliche „Erstantragssteller“. Ab 1998 wurden im Auftrag der Senatsverwaltung für Arbeit „Regionale Vermittlungsagenturen“ in der Trägerschaft von Nonprofits in zwei Modellprojekten in Kreuzberg und Neukölln erprobt. 2002 waren bereits sieben gemeinnützige Beschäftigungsagenturen in der (Re)Integrationsberatung, der direkten Job-Akquise und Arbeitsvermittlung aktiv. Dabei konnte eine der erfolgreichsten, „StellWerk“ in Kreuzberg, in der Erprobungsphase (1998–2000) von den insgesamt etwa 5.000 vom Sozialamt „Zugewiesenen“ weniger als zehn Prozent in eine reguläre Stelle vermitteln (SCHÄFER, 2000). Andere Agenturen beklagen, dass sie selbst gesetzte Mindeststandards hinsichtlich tariflicher Bezahlung nicht halten können und in Jobs vermitteln müssen, die keine eigenständige Existenzsicherung mehr ermöglichen. Während einige Träger dies explizit ablehnen und versuchen, sich mit „Tricks“ dem Druck der Verwaltungen zu entziehen, fügen sich andere eher widerstandslos diesem „Sachzwang“ und bieten selbst Arbeitsgelegenheiten an, die wie

im Projekt „Sprungbrett“ für jugendliche Erwerbslose mit 424 Euro netto im Monat durch das Sozialamt vergütet werden (EICK, GRELL, MAYER & SAMBALE, 2004, S. 147). Andere Nonprofits preisen ihre Arbeit sogar mit ihrer besonderen Kontrollfunktion gegenüber ihren „Klienten“ und deren untertariflicher Entlohnung an, so z.B. eine gemeinnützige GmbH, die in Berlin ihre Beschäftigten u. a. im öffentlichen Personennahverkehr als Ordnungskräfte einsetzt und nach einer Qualifizierungsphase an kommerzielle Sicherheitsdienste vermittelt. Sie nimmt, in eigenen Worten, „auch die Funktion wahr, dem Arbeitsamt gegenüber Hinweise auf Arbeitsunwilligkeit von Maßnahmeteilnehmern zu übermitteln. [...] Die Orientierung auf das Niedriglohnsegment des Arbeitsmarktes erscheint weiterhin als sinnvoll. Dies bedeutet auch, schon in den Maßnahmen sehr geringe Personalkosten anzusetzen. Die Kosten pro Arbeitsplatz in ABM sind bei der IHS BQ gGmbH um ein Drittel geringer als der Durchschnitt“ (IHS GGMBH, 2000, S. 3 u. 7).

In Los Angeles ist im Zuge der verstärkten Zugangsbarrieren zu Transferleistungen die Spezialisierung von Nonprofits auf die Arbeitsvermittlung bestimmter Zielgruppen in temporäre und schlecht bezahlte Arbeitsgelegenheiten und Jobs bereits weiter fortgeschritten als in Berlin. Für die in der Beschäftigungsförderung tätigen Organisationen bedeuten die ausgeprägten Niedriglohn- und Dienstleistungsökonomien, wie sie für US-Metropolen typisch sind, dass sie ihre Vermittlungsbemühungen deutlich professionalisieren und offensiv neue Märkte für ihre „schwierige Klientel“ erschließen müssen, wenn sie im Wettbewerb mit den kommerziellen Anbietern in der boomenden Zeitarbeitsbranche bestehen wollen. In dieser Konkurrenz haben sich einige gemeinnützige Einrichtungen wie z.B. „Chrysalis“ „bewährt“, die mit ihrer Arbeitnehmerüberlassung „Labor Connection“ und dem Programm „Street Works“ in Downtown Los Angeles flexibel auf unterschiedliche Anforderungen reagiert. Zum einen holt die Organisation zahlreiche Obdachlose im buchstäblichen Sinne von der Straße und bringt sie befristet in Lohn und Brot, zum anderen bietet sie der Stadtverwaltung und den „Business Improvement Districts“ (BIDs)⁵

⁵ BIDs sind Zusammenschlüsse von Geschäftsleuten, denen auf Antrag von der Stadt das Recht zugesprochen wird, mit eigenen Steuermitteln in „ihren“ Quartieren Sicherheits- und Ordnungsdienstleistungen anzubieten.

spezielle Dienstleistungen im Bereich Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit an.

Der Nonprofit, der seit den 1980er-Jahren zahlreiche karitative Einrichtungen unterhält, offeriert seinen Geschäftspartnern besonders motivierte und ausgewählte Arbeitskräfte, die zuvor ein ausführliches *Assessment* und *Jobtraining* absolviert haben. Dabei profitiert „Chrysalis“ von seinem besonderen lokalen Know-how. Da z.B. Straßenreinigung in der so genannten Skid Row im Zentrum von Los Angeles, der „Heimat“ von etwa 10.000 Wohnungslosen, zunächst die Beseitigung ihrer dort auf den Bürgersteigen aufgebauten Unterkünfte bedeutet, kommt den engen Kontakten der Organisation zu dieser Bevölkerungsgruppe eine besondere Bedeutung zu. Was in früheren Jahren in eher militärisch anmutenden Aktionen mit Hilfe der Polizei erledigt wurde, wird heute von „Chrysalis“ mit (ehemals) obdachlosen Beschäftigten – zur großen Zufriedenheit der Verwaltungen und der Geschäftswelt – weitaus weniger konfrontativ und effektiver sichergestellt. Ein ähnlich ambivalenter Ansatz des „Soft Policing“, bei dem für besonders schwer vermittelbare Gruppen in Nischenmärkten neue Tätigkeitsfelder erschlossen werden, wird inzwischen auch in Berlin im Rahmen des so genannten Quartiersmanagements praktiziert. Ehemals Erwerbs- und Obdachlosen wird – angeleitet durch Nonprofits – die Aufgabe übertragen, gegen andere so genannte Randgruppen vorzugehen und etwa das Trinken in der Öffentlichkeit zu unterbinden (EICK, 2003, S. 82ff.; vgl. EICK, 2004).

Trotz veränderter Anforderungen der staatlichen Förderpolitik und der Tendenz zur marktförmigen Leistungserbringung verbinden zahlreiche Non-Profit-Organisationen ihre Beschäftigungsprogramme jedoch auch weiterhin mit eigenen sozialpolitischen Zielen und Aufgabenstellungen. Hierzu gehört die Stabilisierung von Menschen auch jenseits des Erwerbslebens genauso wie die Stärkung kollektiver Selbsthilferessourcen in benachteiligten Quartieren. Diese Handlungsorientierungen gelten in der aktuellen Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Funktion von gemeinnützigen Organisationen in der Regel als deren besondere Stärken. In der aktuellen Transformation der Arbeitsmarkt- und Sozialhilfepolitik findet nun sowohl eine gesellschaftliche Abwertung als auch eine widersprüchliche Instrumentalisierung dieser sozialintegrativen Potenziale statt (MAYER, 2003).

Zum einen geraten mit der staatlichen „Work-first“-Politik Zielsetzungen und Ansprüche, die in ihren Erfolgen nicht einfach zu messen sind, etwa wie direkte Vermittlungen oder Einsparungen bei Transferleistungen, in die Defensive. Zum anderen müssen auch die lokalen Sozial- und Arbeitsverwaltungen (weiterhin) anerkennen, dass mit zunehmenden gesellschaftlichen Marginalisierungs- und Verarmungsprozessen oft erhebliche gesundheitliche und habituelle Beeinträchtigungen verbunden sind, die einer Arbeitsaufnahme im Wege stehen. Dementsprechend hat sich in der staatlichen Förderphilosophie und -praxis in beiden Ländern ein Ansatz durchgesetzt, der alle sozialintegrativen Projekte und Maßnahmen unter der Überschrift „Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Beschäftigungs- oder Ausbildungsfähigkeit“ subsumiert. Hierfür werden den gemeinnützigen Organisationen weiterhin begrenzte Mittel zur Verfügung gestellt, wobei diese vor der großen Herausforderung stehen, die staatlichen Vorgaben der Aktivierung und des „Fitmachens“ für den ersten Arbeitsmarkt mit sinnvollen sozialräumlichen oder pädagogischen Ansätzen zu verbinden, ohne die eigenen Organisationszwecke unter die Verwaltungslogik und -vorgaben unterzuordnen.

In Los Angeles sind inzwischen auch zahlreiche Community-Organisationen, die zuvor lediglich karitative Aufgaben verfolgt haben oder sich als politische Interessenvertretung von Flüchtlingen oder MigrantInnen begreifen, in das lokalstaatliche Welfare-to-Work-Regime eingebunden. Um die Voraussetzungen für eine Aufnahme von Erwerbstätigkeit zu schaffen oder zumindest zu verbessern, unterstützen sie im Auftrag der Verwaltung Bedürftige bei der Wohnungssuche, bei Transportproblemen, bei der Versorgung mit Kleidung oder medizinischen Diensten. Dabei spielen vor allem solche Einrichtungen eine wichtige Rolle, die in der Lage sind, ihre Arbeit auf die spezifischen Bedürfnisse ethnischer Gruppen oder Communities abzustimmen. So bietet z.B. das „Pacific Asian Consortium in Employment“ seine sozialen Dienste und Beschäftigungsprogramme in mehr als zehn verschiedenen asiatischen Sprachen an. Andere Gruppen wie das „Chicana Service Action Center“, „El Proyecto del Barrio“ oder die „CHARO Community Development Corporation“ haben sich auf die Unterstützung verschiedener hispanischer Bevölkerungs- und Einwanderergruppen spezialisiert. Unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft entwickeln sich darüber hinaus allein erziehende Frauen in den

zahlreichen Programmen zu einer der zentralen Zielgruppen. Da die Sozialbehörden trotz einer vorübergehenden Aufstockung der staatlichen Fördermittel nicht hinreichend Betreuungsplätze zur Verfügung stellen, versuchen die Non-Profit-Organisationen, Beschäftigungsprogramme mit „integrativen“ Ansätzen der Familienhilfe und Kinder-versorgung zu verknüpfen.

In Berlin waren bestimmte Personengruppen von einer strikten Arbeitsverpflichtung bislang ausgeschlossen. Allein erziehende Mütter mit Kleinkindern oder Personen in persönlichen Krisensituationen wurden von den meisten Sozialämtern nicht an Arbeitsvermittler überwiesen. Insgesamt galt die Berliner kommunale Beschäftigungspolitik – im Vergleich mit anderen Städten und Bundesländern – lange Zeit als relativ „marktfrem“ (vgl. SCHMIDT & BLANCKE, 2001; SCHULDT & FRANK, 2003). Da sich viele Menschen in Maßnahmen des Zweiten Arbeitsmarktes befinden, die auf eine sozialpädagogische und/oder psychologische Betreuung angewiesen sind, haben die meisten Berliner Nonprofits bereits frühzeitig Ansätze und Personalstrukturen entwickelt, die Qualifizierung und Berufsvorbereitung kombinieren mit auf die Bedürfnisse einzelner Problemgruppen abgestimmten Angeboten (z.B. Schuldnerberatung, sozialpädagogische Unterstützung). Wurde diese Ausrichtung von der Senatspolitik und den Arbeitsämtern bis Mitte der 1990er-Jahre weitgehend mitgetragen und finanziell unterstützt, so müssen viele dieser „sozialintegrativen“ Aufgaben heute – unter verschlechterten Förderbedingungen – quasi en passant von immer weniger Festangestellten bearbeitet werden. Dabei ist sich auch in Berlin das Gros der Nonprofits und lokalen Verwaltungen einig, dass angesichts der Beschäftigungssituation viele der Verlierer des ökonomischen Strukturwandels nur in Ausnahmefällen eine (Re-)Integrationschance in den Ersten Arbeitsmarkt haben werden, denn „trotz intensiver Vermittlungsbemühungen bleibt für viele die ‚Festanstellung nach Maßnahme‘ oder eine ‚nachhaltige Vermittlung in Arbeit‘ ein nicht erfüllbarer Traum. Sie pendeln zwischen lang andauernder Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung. Wenn sie überhaupt eine Chance behalten sollen, dann nur durch Erhalt bzw. Förderung ihrer Beschäftigungsfähigkeit“ (BAG ARBEIT E.V., 2003, S. 1).

Da sowohl in Berlin als auch in Los Angeles das reguläre Bildungs-, Schul- und Arbeitsmarktsystem für immer mehr junge Menschen immer weniger Perspektiven bietet, gehören in beiden Städten

Jugendliche zu den wichtigsten Zielgruppen der sozialintegrativen Projekte von Non-Profit-Organisationen. In Los Angeles können Bandenaktivitäten und die hohen Inhaftierungsraten unter afroamerikanischen und hispanischen Jugendlichen als paradigmatisch für die Problemlagen gelten. In Berlin verweisen die hohen Arbeitslosenzahlen insbesondere unter (Migranten-)Jugendlichen und steigende Schulabbrecherquoten auf ähnlich bedrohliche Entwicklungen, zumal die öffentliche sozialintegrative Infrastruktur (wie Jugendzentren, Kriseninterventionsdienste und Familienhilfen) extremen Kürzungen unterliegt.

Auffällig ist der ausgeprägte Pragmatismus, mit dem zahlreiche Nonprofits bisher versucht haben, sich den Bedürfnissen junger Erwerbsloser anzunehmen und ihre eigenen sozialpolitischen Ansprüche umzusetzen. Standen in den 1980er-Jahren in Berlin am Anfang zahlreicher Beschäftigungsprojekte z. B. pädagogisch betreute Wohngruppen, wurden diese nach und nach um Angebote der beruflichen Ausbildung im Bereich des ökologischen Bauens oder in eigenen gastronomischen Einrichtungen, die in innerstädtischen Armutsquartieren gesunde und preiswerte Mahlzeiten anbieten, ergänzt. Auch heute noch basiert ein Großteil der Beschäftigungsförderung von Jugendlichen in den gemeinnützigen Einrichtungen auf intensiver Einzelfallbetreuung und Freiwilligkeit. Dass Angebote, die die Vermittlung von beruflichen Qualifikationen und Schlüsselkompetenzen mit weiterreichenden sozialen Dienstleistungen verbinden, auf eine große Nachfrage unter Jugendlichen stoßen, zeigen auch zahlreiche Beispiele aus Los Angeles. Hier existieren z. T. lange Wartelisten für Programme, die kostenloses Jobtraining, Beratung bei der Berufsplanung, einen Zugang zu medizinischer Versorgung oder (sehr beliebt) die Entfernung von Tätowierungen anbieten.

Ansätze, die über Einzelfallhilfe hinausgehen und versuchen, die Jugendlichen und Erwerbslosen auch in ehrenamtliche Community-Aktivitäten oder längerfristige Initiativen zur sozialen und ökonomischen Stärkung des Stadtteils einzubinden, stellen in beiden Städten eine Ausnahme dar. Nachhaltige Beschäftigungsperspektiven in sozialen Unternehmen, die ohne staatliche Subventionierung auskommen, sind gerade in Armutsvierteln aufgrund des meist fehlenden Startkapitals nur schwer zu entwickeln. Die Berliner Organisationen sind – trotz des Bedeutungszugewinns sozialräumlicher Ansätze (Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“) – zudem weiterhin mit einer staatli-

chen Förderlogik konfrontiert, die vor allem Zielgruppen bzw. einzelne Maßnahmen kennt, aber für eine integrative Politik keine Instrumente und nur unzureichende Mittel bereithält. Mit dem geplanten Umbau des Zweiten Arbeitsmarktes in Richtung kurzfristiger Arbeitsgelegenheiten (ohne Qualifizierung) wird die sozialintegrative und stabilisierende Funktion der Projekte der freien Träger eher geschwächt werden, wenn nicht sogar ihre gesamte Struktur zum großen Teil existenziell gefährdet ist.

4. Fazit

In beiden Städten werden in der Regie von Nonprofits seit den 1980er-Jahren verschiedene Ansätze der Beschäftigungsförderung von „wettbewerbsschwachen“ Bevölkerungsgruppen umgesetzt, die insbesondere in den ökonomisch benachteiligten Quartieren auf eine erhebliche Nachfrage stoßen. Es darf als eines der großen Verdienste dieser Organisationen betrachtet werden, dass im Zuge fortschreitender Exklusionstendenzen viele weiter daran festhalten, besonders stigmatisierten Gruppen Programme und Strukturen zur besseren individuellen und kollektiven Lebensbewältigung anzubieten.

Aufgrund ihrer hohen finanziellen Abhängigkeit bestimmt jedoch die staatliche Förderlogik maßgeblich den Rahmen, in dem gemeinnützige Einrichtungen tätig sein können. Die neuen Aufgaben, die von den Verwaltungen im Rahmen von Workfare-Strategien an Non-Profit-Organisationen herangetragen werden, stellen diese quasi vor unmögliche Aufgaben – jedenfalls dann, wenn sie die in den Leistungsvereinbarungen festgehaltenen Verpflichtungen ebenso ernst nehmen wie ihre eigenen Ansprüche. So sollen Nonprofits ihr „Klientel“ schnellstmöglich in den regulären Arbeitsmarkt integrieren, es aber auch sozial stabilisieren. Sie sollen Erwerblose wie „Kunden“ auf Vertragsbasis behandeln, während diese zugleich sozialpädagogische Hilfestellungen, sozialpsychologische Beratung und weitergehende Unterstützungsleistungen benötigen. Soziale Stabilisierung, die eine auf Vertrauen und Freiwilligkeit basierende Hilfestruktur voraussetzt, ist jedoch, ebenso wie die Befähigung zu einer eigenständigen Lebensführung, mit dem Einsatz von Kontroll- und Disziplinierungsinstrumenten kaum realisier- und vereinbar. Vielmehr tragen diese zur Ent-

wicklung von Coping-Strategien mit den vom System vorgegebenen Orientierungen bei. Hinzu kommt, dass wegen der fiskalpolitischen Kürzungen vor allem in Berlin der Aufbau sozialarbeiterischer und sozialpädagogischer Fähigkeiten und entsprechender Angebote insgesamt stark eingeschränkt worden ist.

Obwohl einigen Organisationen in beiden Städten mit der Durchsetzung der „Work-first“-Politik auch neue Tätigkeitsfelder zugewachsen sind, ist für Berlin zunächst noch offen, inwiefern sie nach der Umsetzung von Hartz IV weiterhin in die direkte Arbeitsvermittlung einbezogen werden, man also eine zunehmende Professionalisierung freier Träger in diese Richtung erwarten kann. In Los Angeles dagegen zeichnen sich bei der „gemeinnützigen“ Beschäftigungsförderung einige Entwicklungstrends deutlich ab: *Erstens* tritt die Zielsetzung, gesellschaftlich sinnvolle, existenzsichernde und nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse für Erwerbslose zu schaffen, hinter die Maxime „Arbeit um jeden Preis“ zurück. *Zweitens* werden immer mehr Transferempfänger mit erheblichen Beschäftigungsbarrieren in die Arbeitsverpflichtung einbezogen, so dass es zwangsläufig zu neuen Selektions- und Ausgrenzungsprozessen kommt. „Investitionen in das Humankapital“ in Form von Weiterbildung und anspruchsvolleren Qualifizierungen finden nur noch bei ausgewählten Erwerbslosen, denen gute Aussichten auf eine Vermittlung attestiert werden, statt. Die „Wettbewerbsschwachen“ werden von den Verwaltungen zunehmend in den Verantwortungsbereich karitativer Einrichtungen übergeben, die sie mit knappen Ressourcen in irgendeiner Form „beschäftigt halten“ sollen. *Drittens* führen die Anforderungen der Verwaltungen an Non-profits nach einer marktförmigen Leistungserbringung, die vor allem quantifizierbare Ergebnisse verlangt, zu einer Vereinheitlichung von Handlungsansätzen und zu einem Verdrängungswettbewerb, von dem vor allem die kleineren und wertegebundenen Organisationen betroffen sind. *Viertens* ist die Umsetzung einer strikten „Work first“-Politik mit höheren Sanktionierungen und Leistungskürzungen verbunden, die in Kombination mit sinkenden Löhnen mehr Armutsprobleme schaffen, die wiederum von gemeinnützigen Organisationen und/oder mit repressiven Mitteln bearbeitet werden müssen.

Literatur

- ACHTER, W. (2003). Beschäftigungswirksame Dienstleistungen anbieten. Die Stadtteilgenossenschaft Wedding für wohnortnahe Dienstleistungen eG. In: B. FLIEGER (Hrsg.). *Sozialgenossenschaften. Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft*. (S. 105-113). Neu-Ulm.
- ADAMY, W. (2003). Etat 2004 der Bundesanstalt für Arbeit. Noch weniger Mittel für aktive Arbeitsförderung. In: *Soziale Sicherheit*, 12, S. 426-430.
- ARGE SERVICEGESELLSCHAFTEN (Hrsg.) 2003: *Entwicklungsübersicht der geförderten Beschäftigungsmaßnahmen bei freien Trägern* (Ms.). Berlin.
- BAG ARBEIT E.V. (Hrsg.) (2003). *Positionspapier des bag arbeit e.V. zur öffentlich geförderten Beschäftigung im Rahmen von Hartz III und IV*. Berlin.
- BODE, I., EVERS, A. & SCHULZ, A. (2004): Arbeitsförderung als Sozialpolitik. Beschäftigungsgesellschaften zwischen Gemeinwesensorientierung und arbeitsmarktpolitischer Funktionalisierung. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 1, S. 45-53.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2004). *Pressemitteilung vom 9.1.2004*.
- CANDEIAS, M. (2004). Erziehung der Arbeitskräfte. Rekommodifizierung der Arbeit im neoliberalen *Workfare*-State. In: *UTOPIE kreativ*, 165/166, Juli/August, S. 589-601.
- COMMUNITY INSTITUTE FOR POLICY HEURISTICS EDUCATION & RESEARCH (Hrsg.) (2002). *CIPHER NEWS*, Juli 2002. Los Angeles
- DRAYSE, M., FLAMING, P. & FORCE, P. (2000). *The Cage of Poverty, Economic Roundtable*. Los Angeles.
- EICK, V. (2003). „Und das ist auch gut so...“ Polizieren im Berlin des 21. Jahrhunderts. In: S. NISSEN (Hrsg.). *Kriminalität und Sicherheitspolitik. Analysen aus London, Paris, Berlin und New York* (S. 67-88). Opladen.
- EICK, V. (2004). „Wenn Ihr einen schönen Tag haben wollt, müsst Ihr lächeln ...“ Zur Rolle von Nonprofit-Ordnungsdiensten in der Sicherheitsproduktion. In: G. v. ELSBERGEN (Hrsg.). *Wachen, kontrollieren, patrouillieren. Kustodialisierung der Inneren Sicherheit* (S. 133-154). Opladen.
- EICK, V., GRELL, B., MAYER, M. & SAMBALE, J. (2004). *Nonprofit-Organisationen und die Transformation lokaler Beschäftigungspolitik*. Münster.
- FINK, B. & WIDOM, R. (2001). *Social Service Organizations and Welfare Reform, Manpower Demonstration Research Corporation*. New York.
- GILBERT, N. (2004). Welfare Policy in the United States: The Road from Income Maintenance to Workfare. In: N. GILBERT & A. PARENT (Hrsg.). *Welfare Reform. A Comparative Assessment of the French and U.S. Experience* (S. 55-66). London.

- GRØNBERG, K. A. (2001). The U.S. Nonprofit Human Service Sector: A Creeping Revolution. In: *Nonprofit and Voluntary Sector*, Quarterly 2, S. 973-992.
- HANDLER, J. (2003). Social Citizenship and Workfare in the US and Western Europe: From Status to Contract. In: *Journal of European Social Policy*, 13/3, S. 229-243.
- HASENFELD, Y. & EVANS, L. (2000). *The Role of Non-profit Agencies in the Provision of Welfare-to-Work Services* (Vortrag auf der 29. Annual Conference of the Association for Research on Nonprofit Organizations and Voluntary Action, 16.-18. November). New Orleans.
- HOLZER, H. J. & WALLER, M. (2003). *The Workforce Investment Act: Re-authorization to Address the „Skills Gap“*, Research Brief, Brookings Institution. Washington D.C.
- IFG LOKALE ÖKONOMIE (Hrsg.) (2000). *Lokale Partnerschaften. Wirkungsweise und Wirksamkeit sektorübergreifender und multidimensionaler Bündnisse zur Förderung sozialer Kohäsion* (Forschungsbericht der Interdisziplinären Forschungsgruppe Lokale Ökonomie an der TU Berlin). Berlin.
- IHS gGMBH (Hrsg.) (2000). *Selbstdarstellung der IHS Beschäftigungs- und Qualifizierungs- gGmbH*. Berlin.
- JAHR-WEIDAUER, K. (2004). Der Region Berlin fehlen 677.000 Arbeitsplätze. 6.500 Ich-AG-Gründungen im Vorjahr entlasten Arbeitsmarkt nur gering. In: *Berliner Morgenpost* vom 20.1.2004, S. 15.
- KRINSKY, J. & REESE, E. (2003). *Spaces of Contentious Collaboration: The Labor-Community Coalitions for Workfare Justice in Three Cities*, unveröffentlichtes Manuskript.
- LØDEMEL, I. & TRICKEY, H. (Hrsg.) (2000). *“An Offer You Can’t Refuse”*. *Workfare in International Perspective*. Bristol.
- MAYER, M. (2003). The Oward Sweep of Social Capital: Causes and Consequences for Understanding Cities, Communities and Urban Movements. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 27/1, S. 110-132.
- O’ SHEA, D. & KING, C. (2001). *The Workforce Investment Act of 1998. Restructuring Workforce Development in States and Localities*, Rockefeller Report, 12. Verfügbar unter: <http://www.rockinst.org>.
- PASTOR, M. JR., DREIER, P. & GRIGSBY, E. (2000). *Regions that Work. How Cities and Suburbs Can Grow Together*. Minneapolis.
- PAVETTI, L., DERR, M. K. & HESKETH, H. (2003). *Reviews of Sanction Policies and Research Studies*, Mathematica Policy Research. Washington D.C.
- PECK, J. (2001). *Workfare States*. New York.

- PIVEN, F.F. & CLOWARD, R. A. (1977). *Poor People's Movements. Why They Succeed, How They Fail*. New York.
- PIVEN, F.F. (2002). Welfare Policy and American Politics. In: F.F. PIVEN, J. ACKER, M. HALLOCK & S. MORGEN (Hrsg.). *Work, Welfare and Politics* (S. 19-33). Eugene.
- QUAID, M. (2002). *Workfare. Why Social Policy Ideas Go Bad*. Toronto.
- REISCH, R. (2001). Ausbildung, Beschäftigung, Qualifizierung: Wohlfahrtsverbände und Dritter Sektor oder Der Weg vom Projekt zum sozialen Dienstleistungsunternehmen. In: E. PRILLER & A. ZIMMER (Hrsg.). *Der Dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat?* (S. 229-249). Berlin.
- SALAMON, L.M. (2001). Der Dritte Sektor im internationalen Vergleich – Zusammenfassende Ergebnisse des John Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project. In: E. PRILLER & A. ZIMMER (Hrsg.). *Der Dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat?* (S. 29-56). Berlin.
- SCHÄFER, E. (2000). StellWerk – Regionale Beschäftigungsagentur Kreuzberg. In: BEZIRKSAMT HELLERSDORF VON BERLIN (Hrsg.). *Beschäftigungsagenturen* (S. 22-28). Berlin.
- SCHMIDT, J. & BLANCKE, S. (2001). *Arbeitsmarktpolitik der Bundesländer. Chancen und Restriktionen einer aktiven Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik*. Berlin.
- SCHULDT, K. & FRANK, W. (2003). Das finanzielle Volumen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den östlichen Ländern Deutschlands. Verfügbar unter: <http://www.piw.de/doc/arbeitsmarkt-arbeitsmarktpolitik.pdf> [19.01.2005].
- SENATSWERALTUNG FÜR ARBEIT (Hrsg.) (1999). *Bezirksbezogene Leistungsbilanz der Servicegesellschaften*. Berlin.
- SMITH, W., WITTNER, J., SPENCE, R., & VAN KLEUNEN, A. (2002). *Skills Training Works: Examining the Evidence, The Workforce Alliance*. Washington D.C.
- TRUBE, A. & WOHLFAHRT, N. (2004): Sozialstaatsentwicklung und aktuelle Arbeitsmarktreform. In: *Soziale Arbeit*, 4. Verfügbar unter: <http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/allg/trubefahrt.html> [19.01.2005].
- YOUNG, D.R. & SALAMON, L.M. (2002). Commercialization, Social Ventures, and For-Profit Competition. In: L.M. SALAMON (Hrsg.). *The State of Nonprofit America* (S. 423-446). Washington D.C.